

- Beschluss**
 Wahl
 Kenntnisnahme

Vorlagen Nr. 10/020/2019

öffentlich

Fachbereich: Amt für Digitalisierung, Organisation, Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus Verfasser/in: Jokiel, Ludger	Datum: 16.05.2019 Az.: 10-11/1042
---	--------------------------------------

Beratungsfolge	Termine	Art der Entscheidung
Kreisausschuss	01.07.2019	Vorberatung
Kreistag	08.07.2019	Beschluss

Stellenplan 2019 - Ergänzung zur Vorlage 10/048/2018

- Finanzielle Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
Personelle Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
Organisatorische Auswirkung ja nein noch nicht zu übersehen
Auswirkung auf Kennzahlen ja nein noch nicht zu übersehen

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan 2019 wird mit den Anlagen beschlossen.

Fachbereich: Amt für Digitalisierung, Organisation, Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus Verfasser/in: Jokiel, Ludger	Datum: 16.05.2019 Az.: 10-11/1042
---	--------------------------------------

Stellenplan 2019 - Ergänzung zur Vorlage 10/048/2018

Einleitung

Der Kreistag hat mit der Vorlage Nr. 10/048/2018 den Stellenplan 2019 mit einem Gesamtvolumen von 1.238,4 Planstellen beschlossen.

Eine Weiterentwicklung der Organisationsstruktur der Kreisverwaltung macht eine Ausweitung des Stellenplanes um zwei weitere Stellen erforderlich.

Ausgangslage

Im Jahr 2009 wurde im Einvernehmen mit dem Kreistag entschieden, die Aufbauorganisation der Kreisverwaltung auf vier Dezernate zu beschränken. Das bis dahin als Dezernat V geführte Bau- und Umweltdezernat wurde aufgelöst. Das Hoch- und Tiefbauamt wurde in das Dezernat IV eingegliedert, das Planungsamt wurde in das Dezernat I integriert, das Vermessungs- und Katasteramt wurde dem Dezernat II, das Umweltamt dem Dezernat III zugeordnet.

Im interkommunalen Vergleich weist der Kreis Mettmann eine sehr schlanke Dezernatsverteilung aus. Hinzu kommt, dass in nur 8 Kreisen in NRW der Landrat ein eigenes Dezernat leitet. Dies ist auch im Kreis Mettmann der Fall.

Der Landrat leitet das Dezernat I mit dem Landratsbüro, den Zentralen Aufgaben der Polizeiverwaltung, dem Amt für Digitalisierung, Organisation, Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus, dem Personalamt, dem Prüfungsamt und dem Planungsamt.

In den letzten zehn Jahren haben sich sowohl die Aufgabenbelastung als auch die Rahmenbedingungen des Verwaltungshandelns und daraus resultierend die Steuerungsaufgaben für die Verwaltungsführung gravierend verändert. Die durch den Kreistag beschlossenen und durch die Verwaltung ausführlich begründeten Mehrstellen der letzten Jahre spiegeln dies deutlich wieder.

Im Einzelnen sind hierzu einige Beispiele aufgeführt, die keineswegs abschließend sind:

1. Digitalisierungsprozess

Digitalisierung, E-Government und das OZG sind Themenstellungen, die gerade in der jüngsten Vergangenheit einen enormen Entwicklungssprung vollzogen haben. Aktuell wird die umfassende Aufgabe darin bestehen, sämtliche Verwaltungsprozesse auf digitalisierte Verfahren umzustellen. Dies stellt sich als ein umfassender Prozess dar, der sowohl die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern als auch die verwaltungsinternen Schnittstellen völlig neu definiert.

2. Ausländerwesen

Im Bereich des Ausländerwesens haben zum einen die Übernahme der Ausländerbehörden der großen kreisangehörigen Städte Ratingen und Velbert zu einer erheblichen Ausweitung dieses Aufgabengebiets geführt. Ebenso hat die seit 2012 in Ratingen angesiedelte Justizvollzugsanstalt die Arbeit der Ausländerbehörde vermehrt. Letztlich ist auch vier Jahre nach

der Flüchtlingskrise des Jahres 2015 eine unvermindert hohe Arbeitsbelastung zu konstatieren.

3. Bevölkerungsschutz

Der Aufgabenumfang im Bereich des Bevölkerungsschutzes ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Dies wird auch unterlegt durch eine Erhöhung der Stellenvorhaltung in diesem Bereich auf aktuell knapp 60 Planstellen.

Die Etablierung eines neuen Bevölkerungsschutzzentrums mit dem unveränderten Ziel einer hochmodernen und leistungsfähigen Kreisleitstelle mit ausschließlich kreiseigenem Personal für alle zehn kreisangehörigen Städte und einem Feuerwehrübungszentrum mit der Option für eine Kreisfeuerweherschule ist das zentrale Projekt der nächsten Jahre. Hinzu kommt die erhebliche Ausweitung und erhöhten qualitativen Anforderungen anzupassende Sicherstellung der Vorhaltung von Rettungs- und Behandlungskapazitäten durch die kontinuierliche Fortschreibung und Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplans im Dialog mit zahlreichen Akteuren. Die vorbeugenden Aufgaben des Katastrophenschutzes sind unter anderem mit der Gewährleistung der notwendigen Krisenstabs- und Alarmierungsstrukturen ebenfalls stark angewachsen.

4. Neanderland-Touristik

Im Jahr 2013 hat der Kreis Mettmann gemeinsam mit allen zehn Städten die neanderland-Touristik begründet. Koordination, Binnen- und Außenmarketing sind die Kernaufgaben der Abteilung Kultur und Tourismus. Wie an allen Kennzahlen ablesbar, ist der Aufbau dieses Projekts außerordentlich erfolgreich. Er wurde bislang allerdings mit mehreren Förderprogrammen begleitet und muss neu organisiert werden.

5. Mobilität, regionale Zusammenarbeit und Klimaschutz

Die Aufgabenfelder Mobilität, regionale Zusammenarbeit und Klimaschutz fordern eine Neuaufstellung innerhalb der Verwaltung. Sie sind bisher durchaus erfolgreich über Dezernats- und Ämtergrenzen hinweg gestaltet worden. Wie am Beispiel des Auftrags des Kreistags, ein kreisweites Radwegekonzept zu entwickeln, deutlich wird, ist die Verwaltung hierfür nicht optimal aufgestellt.

Bei den Förderprojekten der EU, des Bundes und des Landes ist festzustellen, dass immer häufiger nicht die einzelne Gebietskörperschaft als Zuschussnehmer deklariert wird. Vielmehr wird erwartet, dass gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten oder mit benachbarten Regionen Förderanträge entwickelt und nach Bewilligung umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind der Radschnellweg Neuss-Düsseldorf-Langenfeld-Monheim am Rhein, das Stadt-Umland-Projekt, die Reaktivierung der Westbahn und die Velo-Route Düsseldorf-Erkrath-Haan-Wuppertal. Daraus resultiert ein hoher Koordinierungsaufwand mit den kreisangehörigen Städten und den beteiligten Nachbarkommunen.

Das vom Kreistag beschlossene Integrierte Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept enthält zwei Komponenten. Für alle Aktivitäten des Kreises ist dies eine Querschnittsaufgabe, die in alle Bereiche der Verwaltung Einfluss nehmen wird. Der zweite Schwerpunkt besteht darin, dass wirksame Klimaschutzprojekte nur in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten erfolgreich umgesetzt werden können. Beide Aufgaben erfordern einen hohen Führungsaufwand und bedingen eine erhebliche Koordinierung mit Dritten.

6. Baumanagement

Derzeit ist das Amt für Hoch- und Tiefbau mit einer Vielzahl bedeutsamer Bauprojekte betraut. Hierzu zählen – keineswegs abschließend – der Bau der Kreisleitstelle, die Umsetzung des Masterplans Neandertal und die Sanierung des Berufskollegs Hilden. Insgesamt hat der Kreis-

tag bereits für die Jahre 2019 – 2022 ein Investitionsprogramm mit einem Gesamtvolumen von rd. 80,2 Mio. € beschlossen.

Noch nicht in die Finanzplanung eingeflossen sind die notwendigen Um- und Erweiterungsbauten für die Förderzentren sowie zukünftige Lösungen für die räumliche Unterbringung der Kreisverwaltung am Standort des Verwaltungsgebäudes I in der Düsseldorfer Straße 26.

Neben den Kreisstraßen selber stehen auch der beschleunigte Ausbau von Radwegen und die ebenso beschleunigte Sanierung von Radwegen entlang der Kreisstraßen auf der Agenda.

Vorschlag

Die vorstehend dargelegten Entwicklungen der letzten zehn Jahre unterscheiden sich diametral von der Situation, die im Jahr 2009 zu einer Reduzierung der Dezernate geführt hat.

Die Verwaltung hat bereits durch aufbauorganisatorische Maßnahmen unterhalb der Dezernatebene reagiert. So wurden mit dem Personalamt und dem Ausländeramt zwei weitere Ämter eingerichtet, um insbesondere die bestehenden Führungsspannen entsprechend zu verringern. Für die Umsetzung des Digitalisierungsprozesses wurde innerhalb des Amtes 10 eine Stabsstelle eingerichtet. Die Auflösung des Amtes für Informationstechnik und der Eintritt des Kreises Mettmann in das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein ist eine weitere Reaktion zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen. Ferner werden derzeit auf Grund entsprechender Beschlüsse des Kreistags die Organisation der Wirtschaftsförderung und der Touristik durch externe Auftragnehmer untersucht.

Erkennbar ist aber, dass die auf die Kreisverwaltung zukommenden Aufgabenstellungen mit der bestehenden Organisationsstruktur nur unzureichend erledigt werden können.

Am 31.12.2019 wird die Leiterin des Dezernates IV in den Ruhestand treten. Um den Herausforderungen der nächsten Jahre gerecht zu werden, ist aus diesem Anlass eine Verbreiterung der Führungsebene der Kreisverwaltung vorgesehen. Es wird deshalb vorgeschlagen, eine zusätzliche B 2-Stelle einzurichten. Mit dieser zusätzlichen Stelle wird ermöglicht, erneut ein technisches Dezernat einzurichten. Hierin wird der hauptsächliche Innovationsschritt gesehen. Bei dieser Gelegenheit wird aber auch eine neue Zuordnung anderer Ämter zu den Dezernaten umgesetzt.

Zusammenfassung Stellenmehrbedarf

Es werden die Stelle für eine zusätzliche Dezernatsleitung (B 2 BBesO) sowie eine weitere Stelle für eine Assistentenkraft als Vorzimmerlösung (bis EG 9a TVöD) oder als Referentenlösung (bis EG 11) beantragt.

Um eine Besetzung zum 01.01.2020 realisieren zu können, ist es erforderlich, die notwendigen Planstellen bereits zu diesem Stichtag im Stellenplan realisiert zu haben. Daher erfolgt eine Einbringung im Rahmen des Stellenplanes 2019. Die Amtlichen Anlagen erhöhen sich dementsprechend um 2,0 Planstellen und sind erneut zu beschließen.

Der zu beschließende summarische Stellenplan 2019 beläuft sich nunmehr auf **1.285,4 Planstellen.**

Finanzielle Auswirkungen

Auswirkungen auf den Personaletat ergeben sich erst im Haushaltsjahr 2020 und werden in der Vorlage zur Budgetfortschreibung 2020/2021 dargestellt.

Personelle Auswirkung

Personelle Auswirkungen ergeben sich im Rahmen der Besetzung der beantragten Stellen.

Organisatorische Auswirkung

Organisatorische Auswirkungen ergeben sich im Rahmen der Neugliederung der Dezernatsverteilung.

Anlage